

Pressemitteilung

Auf dem Kreisparteitag der Oberhausener FDP am Samstag im Restaurant Lavanda stimmte der Europaabgeordnete Alexander Alvaro die Liberalen auf die Europawahl am 7. Juni ein. Diese sei alles andere als eine Testwahl; europäische Richtlinien könnten sogar Grundgesetzänderungen erzwingen und bedürften daher demokratischer Kontrolle. „Wollte die Europäische Union sich selbst beitreten, müsste sie abgelehnt werden, da sie im jetzigen Zustand nicht den Demokratieanforderungen entspreche“, meinte Alvaro und verfocht die schnelle Umsetzung der Lissaboner Verträge.

In der kommunalpolitischen Erörterung stellten die Oberhausener Liberalen die städtischen Wirtschafts- und Haushaltsperspektiven in den Mittelpunkt. Kritisch wurden die Umsetzungsmöglichkeiten des Konjunkturprogramms in Oberhausen gesehen, die einem „Roulettespiel“ nahe kämen. Dazu fassten die FDP-Mitglieder die nachstehende EntschlieÙung:

Oberhausen in der Haushalts- und Weltwirtschaftskrise Visionen und Qualitäten entwickeln

Erklärung der Oberhausener FDP zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der Stadt

Die Zukunft unserer Stadt hängt davon ab, dass Menschen sich in und für Oberhausen engagieren, dass sie hier erfolgreich arbeiten, wirtschaften und Arbeitsplätze schaffen sowie erhalten können. Dazu gehören mehr Entfaltungsmöglichkeiten, weniger Bevormundung und bürokratische Gängelei. Ebenso sind Stadtverwaltung und Rat gefordert, Fehleinschätzungen der Vergangenheit zu erkennen und zu korrigieren. Diese Herausforderung ist in der Kommunalpolitik derzeit noch nicht angenommen worden.

An der alten Abhängigkeit von großindustriellen Strukturen hat sich auch im Denken der Politik noch wenig geändert. Anstatt konsequent auf Handwerk, Klein- und Mittelbetriebe, auf Selbständigkeit, unternehmerisches Risiko und Haftungsbereitschaft zu setzen, erlebt die städtische Wirtschaftsförderungspolitik einen Schiffbruch nach dem anderen. Dazu trägt auch das gespannte Verhältnis zu den wirtschaftlichen Akteuren nicht unwesentlich bei.

Die Zukunft des ehemaligen Stahlwerksgeländes ist in dichten Nebel gehüllt. Nach der Halsüber-Kopf-Verschleuderung an einen irischen Baumaschinenauktionator, vor der die FDP gewarnt hatte, gibt es bis heute weder Erfolgsmeldungen noch Konzepte, statt dessen Streit um ausbleibende Kaufpreiszahlungen. Ein Schlüsselgrundstück der Stadtentwicklung bleibt damit über Jahre blockiert.

Erschwert wird auch die Entwicklung des Waldteichgeländes durch die Entscheidung, dort ein Logistikzentrum eines großindustriellen Konzerns planerisch zu ermöglichen, der in erheblichem Umfang Arbeitsplatzabbau angekündigt hat und daher allenfalls Stellen aus anderen Standorten hierher verlagern wird; es erfolgt keine eigene Wertschöpfung, auch die Steuern landen nicht im Oberhausener Haushalt. SPD und CDU haben ihr Wort gegenüber der Anwohnerschaft gebrochen, die die Folgen des Schwerlastverkehrs tragen wird, denn die Finanzierung der gutachterlich angeregten Umbaumaßnahmen wird die Kommunalaufsicht nicht zulassen. Um die Finanzierung einer Verkehrsanbindung durch den Investor, wie im Falle des CentrO., hat sich die Stadt nicht ernsthaft bemüht. Weitere Gewerbeansiedlungen in diesem Bereich werden durch die Verkehrsbelastung unattraktiv und unzulässig.

Demgegenüber können hiesige Leuchtturmfirmer sich anscheinend nur noch in Nachbarstädten ausweiten. Angekündigt werden dafür Neuansiedlungen von Automatenkasinos, kommunale Subventionen fließen in Bauvorhaben einer autoritären Glaubensgemeinschaft, für die eine Stadttochter ein Parkhaus errichten muss.

Die drastische Anhebung der Gewerbesteuersätze war ein falscher Schritt mit verheerender Signalwirkung, veranlasst von weltfremden Bürokraten in Gemeindeprüfung und Kommunal-

aufsicht, die sogar eine Verdoppelung und Verdreifachung der Sätze für die Zukunft fordern. Das entmutigt alle, die Arbeitsplätze erhalten und schaffen wollen.

Oberhausen hat jetzt die höchsten Steuersätze, beschlossen von SPD, Grünen und Linken, und auch die CDU wollte die Gewerbesteuer anheben, wenn auch nicht ganz so stark, aber ebenso falsch.

Die verheerende Anhebung der Grundsteuer trifft neben Handwerk und Gewerbe auch alle Menschen, die Kosten für Miete und Eigenheim selbst aufbringen müssen. Bundesweite Spitzensätze der Hundesteuer rufen Leid für Tiere, Kostenanstieg für Tierheime und Kummer besonders für ältere Menschen hervor. All dies zieht keine Entlastung, sondern eine Verschärfung der Haushaltsprobleme der Stadt nach sich. Deshalb müssen sowohl die Steuern als auch überhöhte Abgaben und Gebühren sofort wieder gesenkt werden, bevor die Schäden dauerhaft werden.

Die desaströse Haushaltslage bedarf einschneidender Konsequenzen, soweit sie vor Ort verursacht wurde und durch städtisches Handeln und Entscheiden beeinflusst werden kann. Die Vorstellung der Bezirksregierung, den Zwei-Milliarden-Schuldenberg in Tausend-Euro-Schritten bei den sogenannt freiwilligen Leistungen zu schleifen, verschärft die Probleme, weil bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement in sozialem Umfeld, Bildung, Kultur, Sport und städtischem Leben entmutigt und erschwert werden. Gleichzeitige utopische Vorgaben von dreistelligen Millioneneinsparungen pro Jahr schaden auch deshalb, weil sie jedes ernsthafte Konsolidieren und Umdenken in die Absurdität von Unmöglichkeit und Vergleichen rücken.

Dabei hängt die Zukunft unserer Stadt davon ab, dass Visionen und Qualitäten erhalten bleiben und nicht dem Mittelmaß oder gar der Selbstaufgabe gehuldigt wird.

Das Konjunkturprogramm könnte es Oberhausen ermöglichen, gerade im Bildungsbereich und in Infrastruktur zu investieren sowie Energie und Folgekosten einzusparen. Allerdings hat die Große Koalition im Bund gesetzlich festgeschrieben, dass die Investitionen hieraus „zusätzlich“ sein müssen, d.h. ausdrücklich: das Investitionsniveau von 2006 bis 2008 muss aus eigenen städtischen Mitteln 2009 bis 2011 zunächst erreicht sein, bevor der erste Euro aus dem Konjunkturprogramm fließen darf. Es wird also die Bautätigkeit in Jahren der Hochkonjunktur und sprudelnder Steuereinnahmen völlig unsinnig mit der jetzigen Rezessionsphase verglichen. Zudem ist mehr als fraglich, ob die Kommunalaufsicht die dafür erforderliche, ebenfalls zusätzliche Verschuldung überhaupt genehmigen wird.

Wenn aber die strikt bürokratischen Vorgaben des Konjunkturprogramms nicht eingehalten werden können, z.B. durch Planungsengpässe oder Bauverzögerungen zu spät abgerechnet, die Zusätzlichkeit in Zweifel gezogen oder die Zweckbindung durch den Bundesrechnungshof anders ausgelegt wird, werden die Mittel nachträglich zurückgefordert werden. Das kommt für Oberhausen einem Roulettespiel gleich. In Bayern wird dieses Risiko den Kommunen vom Land abgenommen, indem es die Maßnahmen zunächst prüft und dann gegenüber dem Bund haftet. In NRW bleibt die kommunale Familie bis nach 2011 im Ungewissen, ob sie nicht doch einen Fehler gemacht haben könnte. Das darf nicht so bleiben. Hier sind Bund und Land gefordert, endlich für verlässliche Rahmenbedingungen zu sorgen.

Das Konjunkturprogramm muss im Interesse der Menschen auch in den vielen Städten mit Haushaltssicherung umgesetzt werden können. Sonst verfehlt es auch flächendeckend die beabsichtigte belebende Wirkung für das Wirtschaftsleben und die Beschäftigung. Daher fordert die FDP, dass die erwünschte Investitionstätigkeit in Oberhausen weder verzögert noch unmöglich gemacht wird.

FDP-Kreisverband Oberhausen